

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/35

Bonn, den 19. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	120 bis 150 Milliarden Dollar ... ----- Appell an das Weltgewissen	39
1a	"Eine Woche der Analyse" ----- Nach dem Wahlsieg der SPD in Berlin	38
2 - 3	Europas Hilfe für Afrika ----- Abkommen unverzüglich unterzeichnen und ratifizieren! Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB Mitglied des Europäischen Parlaments	80
4 - 5	Studenten aus dem Irak ... ----- Bedenkliche Anzeichen für Pankow Von Eberhard Zschmann, Berlin	68
5	Von Bonn nach Wiesbaden ----- Noch weitere Begleiterscheinungen der Spiegel-Aktion?	30
6	Ihr Geist ist lebendig ----- Vor 20 Jahren wurden die Geschwister Scholl hingerichtet Von Dieter Bielenstein	52

Chefredakteur Günter Markscheffel

120 bis 150 Milliarden Dollar ...

---

Appell an das Weltgewissen

sp - In Genf haben die zur Zeit tagenden etwa 1500 Wissenschaftler aus 85 Ländern der Erde in einer UNO-Entwicklungskonferenz festgestellt, daß gegenwärtig etwa 120 bis 150 Milliarden Dollar jährlich für die Rüstung in Ost und West ausgegeben werden. Wenn ein Teil dieser astronomischen Summe (100 Milliarden Dollar = 400 Milliarden DM = 400 000 Millionen DM), für Entwicklungshilfe angesetzt werden könnte, wäre es möglich, dem Hunger in der Welt ernsthaft zu begegnen. Die Wissenschaftler haben daher einen Appell an den zur gleichen Zeit in Genf tagenden UNO-Abrüstungsausschuß gerichtet, beschleunigte Abrüstungsmaßnahmen zu treffen.

Dieselben Wissenschaftler erklären, die zivilisierte Welt müsse mit einem "Aufstand der Hungernden" rechnen, wenn nicht sehr bald wirksame Maßnahmen gegen den Hunger ergriffen werden. Die sachlichen und finanziellen Voraussetzungen, die technischen Hilfsmittel und eine genügend große Anzahl hilfsbereiter Menschen zum Einsatz im Feldzug gegen den Hunger stünden zur Verfügung.

Mahnend erheben die 1500 Wissenschaftler ihre Stimme und rufen das Gewissen der Welt. Sie erklären in ihrem Appell, der zu erwartende Aufstand der Hungernden werde viel furchtbarer sein, als alle ideologischen und machtpolitischen Auseinandersetzungen, die die Welt bisher gekannt habe.

Das Erstaunliche an diesem Aufruf ist die Tatsache, daß weder von den an der Genfer Konferenz teilnehmenden sowjetischen, noch amerikanischen Delegierten und deren Freunden versucht wurde, die allgemein getroffenen Feststellungen sowie die zu ihrer Beseitigung vorgeschlagenen Maßnahmen ideologisch oder politisch zu begründen. Mit einem Pragmatismus ohnegleichen wurden von östlichen und westlichen Delegierten die Ursachen des Hungers in der Welt analysiert, es wurden wissenschaftlich fundierte Vorschläge zur Beseitigung dieser Ursachen ausgearbeitet und die entsprechenden Anträge sowie Appelle fast durchweg einstimmig angenommen. Interessant ist auch, daß die an der Konferenz beteiligten Delegierten der Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Südamerikas in völliger Übereinstimmung mit den Delegationen der modernen Industriestaaten waren.

Wenn nicht alles täuscht, vollzieht sich hier neben den Schauplätzen internationaler Konferenzen, bei denen es um die Machtverteilung in der Welt geht, ein immer sichtbarer werdender Prozeß des Drängens zur friedlichen Lösung von Problemen, denen trotz oder wegen "perfektioniertester Abschreckungswaffen" nicht mehr mit militärischen Mitteln begegnet werden kann.

"Woche der Analyse"

Nach dem Wahlsieg der SPD in Berlin

sp - Es ist durchaus verständlich, daß der Verlierer bei den Berliner Wahlen, die CDU, durch die Ausstreuung unzutreffender Nachrichten versucht, sich selbst über ihre prekäre Situation hinwegzutäuschen.

- \* Alle in einem Teil der heutigen westdeutschen
- \* Presse verbreiteten Meldungen über angebliche
- \* Einflußnahmen der "Bonner SPD-Zentrale" auf
- \* die Regierungsbildung in Berlin sind falsch.
- \* Ausdrücklich hat das unter Vorsitz von Erich
- \* Ollenhauer einen Tag nach der Wahl in Berlin
- \* zusammengetretene SPD-Präsidium erklärt, daß
- \* es selbstverständlich Sache der Berliner SPD-
- \* Landesorganisation sei, die für Berlin rich-
- \* tige Entscheidung zu treffen.

Das ist auch nach der Berliner Verfassung gar nicht anders möglich. Am 5. März wird in g e h e i m e r Wahl der Regierende Bürgermeister von dem neuen Abgeordnetenhaus gewählt. Der gewählte Regierende, der selbstverständlich Willy Brandt sein wird, schlägt dann laut Verfassung den neuen Senat vor. In der Zwischenzeit haben sich die Fraktionen gebildet und sind die Gremien für eventuelle Koalitionsverhandlungen gewählt worden; sie können in souveräner Selbständigkeit und entsprechend den in ihren Parteien gepflogenen Konsultationen Vorschläge für die Regierungsbildung entwickeln.

Dem Vernehmen nach will die Bonner CDU-Zentrale in Berlin eine Auseinandersetzung innerhalb der CDU über die Person von Franz Arnken vermeiden. Ob dies gelingt, ist durchaus offen. Einige Vorgänge während der Wahlkampagne hatten in führenden Berliner CDU-Kreisen heftige Auseinandersetzungen zur Folge.

Die Berliner SPD wird und kann den Ausgang dieser Auseinandersetzungen in aller Ruhe abwarten, zumal sich spätestens bei der geheimen Wahl des Regierenden Bürgermeisters zeigen wird, wie die Fronten innerhalb der CDU verlaufen.

Die Periode bis zum 5. März und besonders die nächsten Tage werden also eine "Woche der Analyse" sein.

Unabhängig von allen zu erwartenden und sicher auch in der Öffentlichkeit angestellten Spekulationen über die Zusammensetzung des künftigen Berliner Senats wird die SPD ihre Entscheidungen wie immer auf der Grundlage von Überlegungen treffen, die dem Wohle der g e s a m t e n Berliner Bevölkerung dienen. Auch für die Berliner SPD wird daher die kommende Zeit eine "Woche der Analyse" sein. Das ihr von der Berliner Bevölkerung entgegengebrachte überwältigende Vertrauen hat die Verantwortung der SPD für das G a n z e gesteigert. Dementsprechend werden ihre Entscheidungen ausfallen.

### Europas Hilfe für Afrika

Abkommen unverzüglich unterzeichnen und ratifizieren!

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Nach langen und zum Teil schwierigen Verhandlungen wurde am 21. Dezember 1962 ein neues Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und 17 unabhängigen afrikanischen Staaten und Madagaskar paraphiert. Dieses neue Abkommen ist von größter politischer Bedeutung. Bei Abschluß der Verträge von Rom waren diese 18 Länder noch Kolonien. Jetzt ist ein völlig neuer Vertrag auf der Basis der Gleichberechtigung und echter Partnerschaft zustande gekommen. Das neue Assoziierungsabkommen, das neben dem Entwicklungsfonds besondere Handelsvereinbarungen und Präferenzen für tropische Erzeugnisse vorsieht, ist ein Dokument der Politik vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika.

Nach der Paraphierung sollte, entsprechend einem afrikanischen Wunsch, die Unterzeichnung des Abkommens in Afrika stattfinden. Danach ist noch die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente notwendig. Niemand der Beteiligten zweifelte an der schnellen Erledigung dieser Aufgaben - bis zum Abbruch der Verhandlungen über den britischen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Seit diesem Zeitpunkt zeichnen sich in einigen Ländern der Gemeinschaft erhebliche Schwierigkeiten in Bezug auf die Unterzeichnung und die Ratifizierung des Abkommens ab. Das gilt insbesondere für die Niederlande, neuerdings aber auch für Italien. Wir haben für die berechtigte Verärgerung der Regierungen und Parlamente dieser Länder gegenüber der Haltung de Gaulles volles Verständnis. Die Konsequenzen, die man unter Umständen ziehen will, scheinen uns jedoch falsch und überaus gefährlich zu sein.

### Europa-Krise nicht auf Afrika übertragen!

Wir dürfen die europäische Krise nicht nach Afrika tragen. An den Afrikanern sind die britischen Beitrittsverhandlungen nicht gescheitert. Sie dürfen für die Haltung de Gaulles nicht bestraft werden. Auch die Feststellung, daß von den 18 assoziierten Ländern 14 frühere französische Kolonien waren, darf an dieser unserer Einstellung nichts ändern.

- \* Jede Verzögerung der Unterzeichnung und Ratifizierung des Abkommens trifft nicht etwa de Gaulle, sondern erschüttert das ohnehin nur langsam wachsende Vertrauen der Afrikaner in die Partnerschaft zu Europa.
- \* Jede Verzögerung gibt den Kommunisten eine Chance, ihre Propaganda in Afrika gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu verstärken.
- \* Jede Verzögerung schwächt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und ist auch einem britischen Beitritt nicht förderlich.

Wir erwarten, daß die Vertreter der Bundesregierung im Ministerrat für die unverzügliche Unterzeichnung und Ratifizierung des Abkommens eintreten.

#### Auch Algerien ist interessiert

Die Frage des baldigen Inkrafttretens des neuen Abkommens ist aber auch noch aus einem anderen Grunde bedeutungsvoll. Der algerische Ministerpräsident Ben Bella ist in einem Brief vom 25. Dezember 1962 an die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dafür eingetreten, daß das besondere Verhältnis Algeriens zur EWG auch nach der Unabhängigkeit des Landes bestehen bleibt. Von einem Wunsch nach Assoziation war zwar noch nicht die Rede. Aber schon zeichnet sich ganz deutlich die Möglichkeit eines besseren Verhältnisses von Nordafrika zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ab. Jede Verzögerung des Abkommens kann auch diese Entwicklung negativ beeinflussen.

#### Afrikanische Commonwealthländer ebenfalls

Aber auch afrikanische Commonwealthländer haben vor und nach dem Abschluß der Verhandlungen mit Großbritannien den Kontakt zur EWG aufgenommen. Das gilt insbesondere von Nigeria, Tanganjika, Kenia und Uganda. Auch hier war von einem Wunsch nach Assoziation noch nicht die Rede. Aber das Interesse für ein besonderes Verhältnis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kam eindeutig zum Ausdruck.

Wir erwarten daher, daß Ministerrat und Kommission diesen ersten Kontakten sehr positiv begegnen. Sie können dazu beitragen, die auf die Dauer nicht tragbare Dreiteilung Afrikas in Assoziierte, Commonwealthländer und Angebundene zu beenden. Das jedenfalls muß unser Ziel bleiben, auch wenn es nicht die Meinung aller Mitglieder der Gemeinschaft sein sollte. Diese Kontakte können künftige Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens ebenfalls fördern.

#### Der neue europäische Entwicklungsfonds

In der Zwischenzeit ist in einem internen Abkommen der sechs EWG-Mitgliedsländer auch der Schlüssel für die Aufbringung der Mittel zum neuen europäischen Entwicklungsfonds festgelegt worden. Diese internen Verhandlungen waren überaus schwierig. Für die fünfjährige Vertragsdauer sind von den sechs Mitgliedern 730 Millionen Dollar aufzubringen.

Sie verteilen sich auf die Länder wie folgt:

Belgien	: 69	Millionen	= 9,4 %
Bundesrepublik	: 246,5	"	= 33,8 %
Frankreich	: 246,5	"	= 33,8 %
Italien	: 100	"	= 13,7 %
Luxemburg	: 2	"	= 0,3 %
Niederlande	: 66	"	= 9,0 %

730 Millionen Dollar = 100 %

Weitere 70 Millionen Dollar hat die Europäische Bank an Krediten für die assoziierten Länder zur Verfügung zu stellen.

- \* Der von der Bundesrepublik zu leistende Beitrag
- \* ist wiederum sehr erheblich. Der Bundestag wird
- \* darüber zu wachen haben, daß bei diesen großen
- \* Leistungen unsererseits die Interessen der deut-
- \* schen Wirtschaft besser berücksichtigt werden.

## Studenten aus dem Irak ...

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Die von der Zonenpresse bisher verschwiegenen Zwischenfälle in Sofia, bei denen etwa 200 afrikanische Studenten gegen die kommunistische Regierung demonstrierten, weil ihnen ein Organisationsverbot auferlegt, äußerst schlechte Bedingungen sowie eine kommunistische Schulung aufgezwungen worden waren, müssen für die zuständigen Stellen in Ostberlin geradezu alarmierend gewesen sein. Könnte es nicht auch eines Tages in der Zone zu derartigen Protestkundgebungen ausländischer Studenten kommen?

Über das Ausländerstudium in der Zone ist schon seit einiger Zeit eine Nachrichtensperre verhängt worden, weil man die Spannungen nicht an die Öffentlichkeit gelangen lassen will.

Besondere Sorge dürften den Pankower Stellen die irakischen Studenten bereiten. Ihre Zahl ist nicht bekannt, fest steht jedoch, daß seit 1961 zahlreiche Studenten aus dem Irak in die Zone wie auch in andere Ostblockländer gekommen sind. Als Anfang Januar in Ostberlin der "Verband irakischer Studenten in der DDR" seine Verbandskonferenz durchführte, waren - wenn man der Ostberliner Presse glauben soll - 180 Delegierte dieser Irak-Studenten erschienen, dazu nicht wenige Gastdelegierte aus der CSR und anderen Ostblockländern.

Man scheute in Ostberlin keine Kosten, um dieser Konferenz einen repräsentativen Rahmen zu geben. Ein Forum, an dem auch der Vorsitzende des "Freundschaftskomitees DDR-Irak", Professor Girnus, teilnahm, und ein Empfang beim Zentralrat der FDJ gaben die Plattform für "begeisterte Bekenntnisse" der irakischen Studenten zur Politik Moskaus und Ulbrichts politischen Ambitionen gegenüber der Bundesrepublik und Westberlin ab.

### Flucht nach Westberlin

Was während der Ostberliner Konferenz freilich nicht zum Ausdruck kam, war die sich in den letzten Monaten ständig steigende Proteststimmung unter den irakischen Studenten der Zone, die bereits zur Flucht nicht weniger Studenten nach Westberlin geführt hat. Sogar aus der CSR sind irakische Studenten über Ostberlin nach Westberlin gekommen, um hier ihre Studien fortzusetzen. Nach den Gründen dieser Flucht befragt, bezeugen sie übereinstimmend, sie seien lediglich zu fachlichem Studium an einer Universität oder Fachschule in die Zone gekommen. Was man aber von ihnen verlange, sei die Umschulung zu Kommunisten. Der Unterricht in Marxismus - Leninismus nehme einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit in Anspruch. Ja, selbst an Demonstrationen der SED und der FDJ müßten sie teilnehmen, wenn sie sich nicht die Ungnade der Behörden zuziehen wollten.

Diese Fluchtfälle datieren aus der Zeit vor dem neuen Umsturz in Bagdad. Um wieviel größer müssen die Befürchtungen in Pankow sein, daß sich jetzt die Rebellion unter den irakischen Studenten weiter ausdehnen könnte, zumal auch andere Studenten aus dem afroasiatischen Raum mehr und mehr ihre Unzufriedenheit bekunden.

Die Bereitschaft zur Aufnahme zahlreicher Studenten des Irak in der Zone war ein Bestandteil der politischen Pläne der SED. Da nach dem ersten Umsturz in Bagdad, der die Iraker von dem feudalistischen Königshaus befreite, viele junge Iraker keine Möglichkeit sahen, ihren Bil-

hungshunger zu befriedigen, waren nicht wenige von ihnen bereit, das Angebot der Ostblockländer zu einem kostenlosen Studium, vor allem auf dem Gebiet der Technik, anzunehmen. Der kommunistische "Internationale Studenterbund" (ISB) sorgte für die Anwerbung dieser Jugendlichen, die kostenlos wie Kairo nach der Sowjetzone, aber auch nach Polen, in die CSR und in andere Ostblockstaaten gebracht wurden. Die Absolvierung eines fünfjährigen technischen Studiums in der Zone - nach der Erlernung der deutschen Sprache auf dem Herder-Institut in Leipzig - war jedoch für Pankow nur ein Vorwand, um auf diese Weise kommunistische Kadaver für einen künftigen Einsatz im Irak auszubilden.

#### Die Chance Bonn

Aus den Berichten der bisher nach Westberlin geflüchteten irakischen Studenten geht hervor, daß viele ihrer Freunde - mögen sie auch das SED-Regime noch so sehr verabscheuen - den Weg nach dem Westen nicht wagen, weil ihnen die Schwierigkeiten für die Fortsetzung ihres Studiums bekannt sind. Umso dringender stellt sich für die zuständigen Behörden der Bundesrepublik die Aufgabe, hier eine Abhilfe zu schaffen. Über die Vorschläge des Bundesstudentenringes, zur Erlangung der Hochschulreife ein Vorstudienkolleg zu gründen und ein Sonderstipendium für diese Auslandsstudenten einzurichten, sollte ohne Verzug eine Entscheidung gefällt werden. Bonn hat hier die Chance, im wahrsten Sinne des Wortes Politik zu machen.

+ + +

#### Von Bonn nach Wiesbaden

es - Zwar hat das Bundesinnenministerium bestritten, daß ein Zusammenhang zwischen der Versetzung des Regierungskriminalrats Saeveke von Bonn nach Wiesbaden und der "Spiegel-Affäre" besteht; doch den Bundesbürger beschleicht dabei ein ungutes Gefühl. Er hat noch die zahllosen Erklärungen offizieller Regierungssprecher in Erinnerung, von denen sich dann herausstellte, daß sie von der Wahrheit recht weit entfernt waren. Regierungskriminalrat Saeveke führte auf höheren Befehl die nächtlichen Telefongespräche mit Madrid, die die - wie nun erwiesen - widerrechtliche Verhaftung des Spiegel-Redakteurs Ahlers veranlassten. Der höhere Befehl kam von Staatssekretär Hopf, der wiederum nur auf Weisung des darob zum Sturz gekommenen früheren Verteidigungsministers Strauss handelte. Saeveke muß nun seinen Bonner Wirkungskreis mit dem in Wiesbaden vertauschen, angeblich, auf eigenen Wunsch. Jene aber, die sich seiner bedienten, blieben ungeschoren. Franz Josef Strauss gibt sich Urlaubsfreuden auf der iberischen Halbinsel hin, sein durch den offiziellen Spiegel-Bericht belasteter Staatssekretär Hopf kann unter seinem neuen Herrn weiter schalten und walten, und der frühere Staatssekretär Strauss vom Bundesjustizministerium, dessen Rolle die der Illoyalität gegenüber seinen unmittelbaren Vorgesetzten war, kam zu neuen Würden. Geht es hier mit rechten Dingen zu? Wenn das die einzige Konsequenz aus dem Spiegel-Bericht sein sollte, dann wäre ein schlechtes, ja, für das Rechtsempfinden des Staatsbürgers vergiftendes Beispiel gegeben. Den Kleinen schuldig werden, die für sein Tun jedoch verantwortlichen Großen unbehelligt zu lassen, führt zu Mißtrauen und Staatsverdrossenheit. Das Bundesministerium des Inneren hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn seine Behauptung in diesem Fall so bewertet wird, wie man Dementis im Zusammenhang mit der ganzen Spiegel-Aktion zu bewerten gelernt hat.

+ + +

Ihr Geist ist lebendig

Von Dieter Bielenstein

In den frühen Morgenstunden des 22. Februar 1943 wurden im Gefängnis München-Stadelheim die Geschwister Hans und Sophie Scholl und ihr Freund Christoph Probst hingerichtet. Ein unmenschliches Urteil des "Volksgerichtshofes" war wieder vollstreckt worden.

Es war eines von vielen Terrourteilen, aber es bedeutete zugleich mehr. Denn es war und ist abschreckend im wahrsten Sinne des Wortes, doch anders, als es sich der rasende Büttel des Regimes, Roland Freisler, als Vorsitzender des Volksgerichtshofes gedacht haben mag.

Die Münchener Studenten Hans und Sophie Scholl und ihr Freundeskreis der "Weißen Rose" riefen in Tausenden von Flugblättern zum passiven Widerstand gegen das Hitlerregime auf. Vom Sommer 1942 bis Februar 1943 fanden diese Flugschriften ihren Weg in die süddeutschen Großstädte, nach Wien, schließlich selbst nach Hamburg und Berlin. Der Funke sprang über; in Freiburg, Berlin und Hamburg bildeten sich an den Universitäten selbstständige Widerstandszentren. Und dann tauchten in den ersten Februartagen 1943 an den Hauswänden der Münchener Ludwigstraße grellweiße Inschriften auf: "Nieder mit Hitler" und "Freiheit" ...

Allein, ohne Verbindung zu den Widerstandsgruppen in Deutschland und im Ausland, hatten hier Studenten und ein Hochschullehrer, der Professor für Psychologie und Philosophie Kurt Huber, Protest gegen das unmenschliche Regime und seine Verbrechen erhoben. Zuerst und vor allem wollten sie Schuld und Verantwortung für den Niedergang von Recht und Gesetz nicht mehr schweigend ertragen. Wenn je Deutschland wieder erneuert werden sollte, so nur dann, wenn jetzt mitten im Chaos sich Stimmen für Freiheit und Gerechtigkeit erhoben.

Es wäre aber falsch, diesen Protest nur als verzweifelten und moralischen, oder gar als romantischen Appell an das Gewissen des deutschen Volkes zu werten. Dahinter stand die sehr nüchtern kalkulierte Hoffnung, daß die Besinnung auf sittliche Pflicht dieses Unrechtssystem stürzen müsse, wenn weitere Kreise dem Aufruf folgten. Nicht Umsturz wegen eines verlorenen Krieges - wer erkannte das schon während der Siege im Sommer 1942 - sondern Umsturz, um ein neues, besseres Deutschland zu bauen, war das Ziel.

So war dann auch dieser Freundeskreis von Studenten eigentlich keine "Gruppe" oder konspirative Organisation. Er war der Ausdruck innerer Qual angesichts des Terrors und der Unterdrückung menschlicher Grundrechte. Und darauf beruhte auch seine für das Regime so gefährliche Wirkung.

Als die Geschwister Scholl in der Münchener Universität Flugblätter verteilten und in den Lichthof hinabwarfen, wurden sie von der Gestapo gefaßt, in wenigen Tagen im "Schnellverfahren abgeurteilt" und hingerichtet. Mit ihnen starb ihr Freund Probst. Einige Monate darauf erfuhren ihr Mentor Professor Huber und zwei weitere Studenten das gleiche Schicksal, hunderte von Studenten wurden verhaftet, verhört, eingesperrt ...

Dieser Vorgang ist bereits Geschichte, Zeitgeschichte, und so wirkt er auf unsere Zeit hinüber. Damit ist weniger gemeint, daß er uns als Entschuldigung, als Hinweis auf stets neu aufgebrochenen Widerstand gegen Hitler, als späte Rechtfertigung dienen soll. Vielmehr mahnt er uns, den Aufruf zur geistigen, sittlichen und damit auch zur politischen Erneuerung Deutschlands zu verwirklichen. - Selbst noch unter der Drohung der Gestapo wurde das Erbe der Geschwister Scholl weitergetragen. Nach ihrer Hinrichtung erschien an den Mauern vieler Münchener Häuser die Inschrift: "Der Geist ist lebendig!".